

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 32 (1991)  
**Heft:** 20

**Artikel:** Alltag im Postsozialismus  
**Autor:** Kathriner, Ueli  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093349>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# ALLTAG IM POSTSOZIALISMUS

## «Brief aus Rumänien» von Ueli Kathriner

Bukarest, im September 1991

Lieber Markus

Nun sitze ich bereits zum zweitenmal innert eines Vierteljahres hier in Bukarest und versuche die Beziehungen aufzubauen, die bei den Ländern etwas bringen könnten, wenn ... Ich bin ziemlich deprimiert, denn seit Ende Mai, dem Zeitpunkt meines letzten Besuches, haben sich die Verhältnisse hier kaum gebessert: Nach wie vor stehen die Leute hier in Bukarest Schlange vor Butter- und Milchgeschäften, wobei die hiesige Milch 50 Prozent Kuhmilch und 50 Prozent Milchpulver enthält. Und dies in einem Agrarland! Der für das Wochenende geplante Ausflug in Nachbarprovinzen ist der Benzinknappheit zum Opfer gefallen. 800 Meter Autoschlangen vor den Benzinstationen gehören auch heute noch zum Alltag! Für Jahresende sind wiederum Lebensmittel- und Energie-Engpässe zu erwarten, um so mehr, als die Ernte wegen der Überschwemmungen weit unter den Erwartungen geblieben ist!

Die «Revolution» (hier spricht man zwar mehrheitlich vom Putsch «Armee contra Securitate») hat sich nicht bis in die Ämterstellen ausgewirkt: Bürokratismus, Schlendrian, Inkompetenz und Unpünktlichkeit reichen sich die Hände. In der Schweiz wäre man zwar manchmal froh, es würde mit weniger Papier administriert, doch in Bukarest fehlen Büroklammern, Ordner und Papier allenthalben, und so geht es auch nicht. Administration nur aufgrund von Notizzetteln ist auch nicht möglich. So ist jeder Gang zu einer Amtsstelle nur mit einer gehörigen Portion an Geduld zu überstehen, wenn er überhaupt stattfindet.

Mein letztes telefonisch vereinbartes Treffen am Freitag fiel dem Umstand zum Opfer, dass der Chef um 14.00 Uhr an einer Konferenz weilt, mit dem Erfolg, dass im ganzen Bürokomplex zu diesem Zeitpunkt nur noch die Putzfrauen anzutreffen waren.

Gleiche Arbeitsmoral ist auch in der Wirtschaft anzutreffen. Dank der neuen Freiheit ist man sehr rasch bereit, mit Streik zu drohen. Dass die Preise den Löhnen davonlaufen, ist bei der hier herrschenden Inflation nur allzu offensichtlich. Aber wie soll ein bankrotter Staat, wie soll eine am Boden lie-

gende Industrie höhere Löhne zahlen? Hinzu kommt, dass es nicht nur um Lohn-erhöhungen geht: Gefordert werden Vollbeschäftigung, weniger Arbeit, mehr Freizeit. Dabei können nur verbesserte und vermehrte Arbeit die rumänische Wirtschaft aus der Talsohle bringen. Unter diesem Aspekt wird sich ein ausländischer Geldgeber eine Investition mehrmals überlegen. Es ist zu hoffen, dass unser Parlament bei der Diskussion um den neuen 800-Millionen-Kredit für die ehemaligen Ostblockländer die gleichen Überlegungen anstellen wird!

Bei dieser Sachlage zerfällt die Autorität der Technokratenregierung zusehends. Oder was will man sagen, wenn ein hochgestellter Regierungsbeamter den Bescheid tut: «Vous savez, la signature du ministre ne vaut rien du tout!» Zwei Beispiele zur Illustration dieser Lage:

Im Mai war jedes Hotel, jedes Geschäft, jedes Industrieunternehmen glücklich, wenn in ausländischer Valuta bezahlt wurde. Seit Mitte August ist dies durch Regierungsdekret verboten. Im Bestreben, den rumäni-

schen Lei als einzige Landeswährung durchzusetzen und den Valuta-Schwarzmarkt zu unterbinden, werden alle Preise in Lei festgesetzt. Dafür wechseln die offiziellen Banken ausländische Valuten zu ähnlichen Schwarzmarktpreisen: Zahlte ich vor meinem Flug nach Rumänien für 70 Lei einen Fanken, so erhalte ich hier für einen Franken je nach Tageskurs zwischen 160 und 180 Lei! Nach wie vor blüht der Schwarzmarkt, doch beschränkt er sich auf rumänische Privatpersonen, die sich für eine Ferienreise in den Goldenen Westen Valutareerven beschaffen wollen. Ob dieses Programm bei der ständig wachsenden Inflation Erfolg haben wird, bleibt dahingestellt.

Anfang September wurde durch Regierungsdekret die bis anhin geltende Regelung verschiedener Hotelpreise für In- und Ausländer aufgehoben und die Höchsttaxen einheitlich festgelegt, so dass die Übernachtung in einem Bukarester Luxushotel von einem Tag auf den andern in die astronomische Höhe von 100 bis 125 Dollar kletterte, ein –

*Fortsetzung auf Seite 14*



Rumänen können sich ein Auto kaum leisten (Foto: Keystone)

in Anbetracht des auch für Luxushotels in Bukarest mehr als bescheidenen Standards – für Westtouristen kaum mehr anzunehmender Preis. Aufgrund der Protestwelle wurde denn auch das Dekret nach einigen Tagen wieder zurückgenommen! Hüst und hott und hott und hüst!

Die Aussicht auf die kommenden Wahlen im Oktober ist auch nicht sehr vielversprechend. Zunächst diskutiert das Parlament immer noch über das Wahlgesetz; dann bewerben sich rund 200 Parteien und Gruppierungen um Parlamentssitze: Wie hier eine tragfähige Regierung zustande kommen soll, wie hier ein eindeutiger Mehrheitskonsens erzielt werden soll, ist mir völlig schleierhaft.

In einem hat sich das Parlament sehr rasch und in erdrückender Mehrheit gefunden: in der unverzüglichen Anerkennung der Unabhängigkeit von Russisch-Moldavien, dem ehemals rumänischen Bessarabien. Gross-Rumänien revidivus?

In diesem düsteren Bild vom aktuellen Rumänien gab es einen Lichtblick: den gescheiterten Putsch gegen Gorbatschow in der UdSSR. Alle meine Bekannten und Geschäftsfreunde, die mehrheitlich der ehemaligen Opposition zugerechnet werden können, haben aufgetan, als der Spuk verflogen war. Einhellig sind sie der Meinung, dass damit die Rolle der im Unter- und Hintergrund lauernenden Securitate ausgespielt sei und die alte KP schon jetzt als Verliererin der Wahlen feststehe. Bis aber die alte marxistische Mentalität und Lebenshaltung hier in Rumänien überwunden ist, von der Du Dir aufgrund meiner Eindrücke ein aktuelles Bild machen kannst, wird noch viel Wasser aus der Donau ins Schwarze Meer fließen. Ob ich bereits wieder nach zwei oder drei Monaten den Flug nach Bukarest wagen werde, kann ich Dir noch nicht sagen.

Inzwischen verbleibe ich mit den herzlichsten Grüßen, Dein Rumänien-Reisläufer

Ueli

## BRIEFE

### Durch Drogenkonsum zu einem Volk von Frührentnern?

Zum Artikel «CH-Drogenpolitik '91: die Fragen» von Jürg L. Steinacher in Zeitbild 17/91

Trotz negativer Erfahrungen in anderen Ländern wollen die Schweizer Drogenliberalisierer das Rad noch einmal erfinden. Nach den negativen Berichten aus Schweden und Grossbritannien kommen nun auch zunehmend negative Meldungen aus dem vielgepriesenen Beispiel Holland dazu. In den letzten Wochen konnte man lesen, dass Holland knapp an einer Regierungskrise vorbeiging. Der Grund dafür waren die immens gestiegenen Sozialhilfekosten. Holland hat die europaweit höchste Zahl von Rentnern. 15 % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, 900 000 Niederländer, sind erwerbsunfähig und beziehen eine Invalidenrente (in der Schweiz sind es vergleichsweise etwa 130 000; Holland hat 15 Mio Einwohner).

Mit rund 9 % ist in den Niederlanden auch im europaweiten Vergleich der Anteil derjenigen Arbeitstage besonders hoch, die wegen Krankheit verlorengehen. Die Kosten haben inzwischen 13 % des Bruttosozialprodukts überschritten und die Regierung weiss nicht mehr, wie das zu bezahlen ist. Es ist nicht anzunehmen, dass die Holländer ein besonders krankes Volk sind. Es ist jedoch so, dass es allein in Amsterdam 300 Koffieshops gibt, in denen Drogen frei erhältlich sind. Der Drogenkonsum hat sich stark ausgebreitet.

Wenn man weiss, dass gerade Haschisch über kurz oder lang zu Apathie, Interesselosigkeit, Motivationslosigkeit und Gedächtnisstörungen führt, so ist es leicht zu verstehen, warum Arbeitgeber ihre leistungsschwachen Angestellten als arbeitsunfähig erklären, zumal die Entlassungsvorschriften sehr streng sind. Hinzu kommt der unkontrollierte Handel mit Kokain und Heroin, der zu einer massiven Ausweitung des Drogenproblems geführt hat.

Allein die volkswirtschaftliche Belastung durch die hohen Gesundheitskosten ist bereits heute sehr gross. Soll sie durch den massiv ausgeweiteten Drogenkonsum noch erhöht werden? Wer kann dann die horrenden Krankenkassenprämien noch bezahlen? Wer den Rechtsanspruch zur Begleichung der Folgekosten der Drogensucht erfüllen muss, hat doch wohl Anspruch darauf, dass alles getan wird, um die Drogensucht einzu-

dämmen. Damit wird ungeheures menschliches Elend verhindert.

Der propagierte Suchtbegriff droht dabei derart ausgedehnt zu werden, dass plötzlich alles eine Sucht ist: Reisen, Fernsehen, Kaffee trinken, Einkaufen, Putzen, Arbeiten, Sport und alle wiederholt ausgeführten Tätigkeiten. Alle liebgewonnenen «Mödeli» und Marotten werden als Sucht bezeichnet. Der medizinische Suchtbegriff als Abhängigkeit von einer chemischen Substanz, welche in den Hirnstoffwechsel toxisch eingreift, gilt nicht mehr. Mit diesem unsinnig erweiterten Suchtbegriff werden alle gefährlichen, schädlichen, körperlichen, seelischen und sozialen Folgen des Drogenkonsums heruntergespielt. Jeder Mensch sei schliesslich irgendwie süchtig. Dies führt zu einer Begriffsverwirrung. Sucht wird bewusst irreführend als Daseinsform dargestellt und somit verharmlost. Der erweiterte Suchtbegriff ist ein Teil der Liberalisierungskampagne und führt bei der Bevölkerung zu falschen Vorstellungen, was zur Lähmung gesunder Abwehrreflexe führt. Eine nationale Drogenkampagne müsste gegen diese Irreführung Stellung nehmen. Es ist zu befürchten, dass in dieser Hinsicht vom Bundesamt für Gesundheitswesen nichts erwartet werden kann – im Gegenteil.

Dr. med. H. K.

Anmerkungen der Redaktion: Der im Artikel von Jürg L. Steinacher geäusserte und in diesem Leserbrief wiederholte Verdacht, wonach die angekündigte nationale Antidrogenkampagne des Bundesamtes für Gesundheitswesen (BAG) durch Ausweitung des Suchtbegriffs letztlich die spezifischen Gefahren der Drogen bagatellisieren könnte, war ganz offensichtlich begründet. In der Zwischenzeit wurde nämlich bekannt, dass Bundespräsident Flavio Cotti als Departementsvorsteher EDI die Vorbereitungen des BAG zu einer derart konzipierten Kampagne gestoppt hat, weil sie politisch «inopportun» sei (vgl. «NZZ» vom 11. 9. 91).